Pfund's Milch-Seife
Dresdner Kakerei Gebr. Pfund
Dresden.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

Lobeck & Co.,
Hoflieferanten Seiner Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Altmarkt 2.**

Hugo Borack
Hoflieferant
Altmarkt, Seestrasse 1.
Wieder am Lager
sind **bekannte gute** Sorten **echtschwarzer Damenstrümpfe** zu 50, 70, 80 Pfg., 1.25, 1.75 Mk., **Herren-Socken** v. 45 Pf., **Kinder-Strümpfe** v. 30 Pf. an.
Alle Unterzeuge.

Glaswaaren
jeder **Art** aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn, Kgl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

KRONDORFER Haupt-Depôt in Dresden bei Albin Arnold Berlinerstr. 48
anerkannt bester Sauerbrunn
Vorräthig in Restaurants, Mineralwasserhandlungen u. Apotheken.

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Neueste Modelle! **C. Heinrich Barthel** **Neueste Modelle!**
Waisenhausstr. 30. — Putz- und Modewaarenhaus. — **Fernspr. I, Nr. 3390.**
Eigene Strohhut-Fabrik.

Nr. 148. Spiegel: Oesterreichische Liberale und Antisemiten. Hofnachrichten. Lehrerversammlung. Fernmorsch. Gerichtsverhandlungen. „Der Hüttenbesitzer". „Das Opfer". | Muthmaßliche Witterung: Zu Niederschlägen geneigt. | **Sonnabend, 30. Mai.**

Für den Monat Juni

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu **90 Pfennigen,** für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, in Oesterreich-Ungarn bei den K. K. Postämtern zu 85 Kreuzern angenommen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten"
Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Politisches.

Die Vereinigte deutsche Linke in Oesterreich beginnt allmählich zu zerfallen. Die Todesstunde war gekommen, als die „Vereinigten Christen" Wiens unter Lueger's Führung das bisherige Bollwerk der Liberalen, die Hauptstadt, erobert hatten. Die liberale Partei konnte noch konservirt werden, so lange der österreichische Ministerpräsident Graf Badeni seine schützende Hand darüber hielt. Jetzt aber, wo die Antisemiten die Herrschaft in der Wiener Gemeindeverwaltung angetreten haben, ist der Zersetzungsprozeß des österreichischen Liberalismus nicht mehr aufzuhalten. Als Realpolitiker konnte dem Grafen Badeni die Wahl zwischen einer Partei, die noch vor einem Jahre im Wiener Gemeinderathe unumschränkt geherrscht hat und nun dort nicht einmal mehr über ein Drittel der Mandate verfügt, und einer jungen lebenskräftigen Bewegung, die in kürzester Zeit unvergleichliche Erfolge errungen hat, nicht mehr schwer werden. Badeni hat die Partei Lueger's als einen politischen Machtfaktor anerkannt, mit der gerechnet werden muß, dergestalt, daß die Rücksichtnahme auf die Liberalen nicht in Frage kommen kann.

Die dem Judenthum am nächsten stehenden Elemente der Vereinigten Linken sind die ersten, die sich von ihr trennen, um eine neue Partei zu bilden, die, wiewohl das kaum möglich ist, in noch höherem Maße, als die alte, die Vertreterin des manchesterlich-jüdischen Kapitalismus werden soll. Die Führer der Secession sind die Wiener Abgeordneten Prof. Sueß, Wrabetz und Nosse. Am deutlichsten hat Wrabetz den Grund angegeben, der zu dem Austritte geführt hat. Er glaubt nicht länger einer Partei angehören zu können, die nicht zu dem Ministerium in unversöhnliche Opposition tritt, die nicht rückhaltslos den Grafen Badeni bekämpft, der es gewagt habe, dem Dr. Lueger eine Auszeichnung zu Theil werden zu lassen, die noch keinem Vertreter der Vereinigten Linken widerfahren sei. Wrabetz ist zu der Ansicht gelangt, daß Badeni heute vollkommen auf Seite der liberalen Gegner stehe. Denn er verhandle mit Lueger wie von Macht zu Macht, weil er wisse, daß hinter diesem die Massen stehen; er habe der Linken eine Ohrfeige versetzt, weil er wisse, daß sie die Massen nicht mehr hinter sich hat und nicht mehr zu fürchten ist. Das stimmt; aber wenn Wrabetz und seine Genossen echte Liberale und nicht bloße Judenfreunde wären, so würden sie sich über das neueste Verhalten Badeni's zu der Partei Lueger's nicht entrüsten können. Denn die Bestätigung des neuen antisemitischen Bürgermeisters Wiens ist eine durchaus liberale That, eine natürliche Folge des liberalen Grundsatzes der Selbstverwaltung und des ebenso liberalen Majoritätsprinzips. Den liberalen Secessionisten Sueß und Konsorten ist aber der Liberalismus gleichgiltig; sie verlangen, daß die liberale Partei hauptsächlich dem Judenthume Vorspanndienste leiste, daß sie die Rücksichtnahme auf die spezifisch jüdischen Interessen zum Angelpunkte ihrer Politik mache.

Die liberale Partei scheint sich beeilen zu wollen, den Fehler wieder gut zu machen, den sie nach der Meinung des Abgeordneten Wrabetz dadurch begangen hat, daß sie sich nicht vollständig mit dem jüdischen Interessenstandpunkt für solidarisch erklärt hat. Die Lueger'sche Mehrheit des Wiener Gemeinderathes hatte der liberalen Minderheit freiwillig eine entsprechende Vertretung im Stadtrathe angeboten. Die Liberalen sollten Bewerber aus ihrer Mitte für sechs Stadtrathstellen namhaft machen, die ihnen die Majorität einräumen wollte. Wäre es der liberalen Partei ernstlich darum zu thun gewesen, als Minorität im Stadtrathe vertreten zu sein, so hätte sie nur solche Kandidaten nominirt, von denen sie sicher annehmen konnte, daß sie den Gegnern genehm sein würden. Sie wäre zu einer solchen sorgsamen Auswahl um so mehr verpflichtet gewesen, als das echt liberale Entgegenkommen der Lueger'schen Gemeinderathsmehrheit volle Anerkennung verdient. Als die Wiener Kommune noch von der liberalen Partei beherrscht wurde, da hat sie niemals daran gedacht, der antisemitischen Minderheit aus freier Entschließung eine angemessene Vertretung im Stadtrathe zu gewähren; sie hat vielmehr diese Minorität in einer Weise terrorisirt, welche die gewaltige Reaktion, die inzwischen mit dem großartigen Siege der Lueger'schen Partei erfolgt ist, begreiflich erscheinen läßt. Die Liberalen haben den Antisemiten sechs Kandidaten für die angebotenen Stadtrathsstellen genannt und dabei die Forderung erhoben, daß diese insgesammt angenommen werden sollten. Nun findet sich aber unter diesen sechs Kandidaten ein — Jude. Die Lueger'sche Partei hat diese Forderung abgelehnt, indem sie das Verlangen, daß sie den Vertreter des von ihr bekämpften Judenthums wählen sollte, für eine anmaßende Herausforderung erklärt hat. Mit Recht sagte das „Deutsch. Volksbl.": „Die Liberalen mußten doch wissen, daß die Bekämpfung des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens ein Programmpunkt aller Antisemiten ist. Wenn die liberale Partei auf eine entsprechende Vertretung im Stadtrathe verzichtet, weil die Antisemiten ohne Verletzung eines ihrer wichtigsten Prinzipien einen Juden nicht in den Stadtrath wählen können, so ist das eben Sache der Liberalen. Sie, und nicht die Antisemiten sind daran Schuld, wenn die Minorität im Stadtrathe nicht vertreten sein wird, denn die Liberalen sind es, die die Mehrheit terrorisiren und ihr eine Persönlichkeit aufzwingen wollen, die sie nicht acceptiren kann. Auch diesmal liegt also die Unduldsamkeit wieder bei den Liberalen." Bei den vorgestrigen Wahlen für den Stadtrath wählte die Lueger'sche Gemeinderathsmehrheit aus der Liste der Liberalen die fünf christlichen Kandidaten. Diese lehnten jedoch gestern die Wahl ab, so daß die Antisemiten an deren Stelle durchweg antiliberale Stadträthe wählten.

Die Ablehnung ihres jüdischen Stadtrathskandidaten durch die antiliberale Gemeinderathsmehrheit hat die Liberalen in die größte Erregung versetzt. Sie erklären, daß diese Haltung der Mehrheit die durch die Staatsgrundgesetze gewährleistete Gleichberechtigung verletze, und haben beschlossen, die Regierung zu interpelliren, was diese zu thun gedenke, um den Staatsgrundgesetzen Anerkennung zu verschaffen. Die Wiener Liberalen scheinen es hiernach als ein Staatsgrundgesetz zu betrachten, daß eine antiliberale Mehrheit irgend einer Körperschaft unter allen Umständen verpflichtet ist, einen von der liberalen Minderheit für ein öffentliches Amt präsentirten Juden ohne jeden Widerspruch zu wählen. Jene Interpellation soll vermuthlich die Einleitung zu der Reorganisation der liberalen Partei in dem Sinne sein, daß diese fortan nichts Anderes mehr ist und sein darf, als die ausgesprochene Vorkämpferin der Interessen des Judenthums, wie sie in den letzten Jahrzehnten in Oesterreich in fast schrankenloser Weise gefördert worden sind. Die „N. Fr. Pr.", das führende Organ des sog. liberalen Judenthums in Oesterreich, giebt ganz unverholen den Grund an, warum die Juden die ihnen entrissene Herrschaft in der Wiener Gemeindeverwaltung zu beklagen haben, indem sie schreibt: „Kann es ein Trost im Unglück sein, daß die Juden noch mehr leiden werden? Jeder Bewohner der Stadt ist bis zu einem gewissen Grade vom Gemeinderathe abhängig, nicht blos durch die öffentlichen Einrichtungen und Verkehrsmittel, sondern unmittelbar durch die persönliche Berührung mit dem Wirkungskreise der Kommune. Wie wird es den Juden gehen, die mit der Gemeinde verkehren müssen, als Lieferanten, Grundkäufer, Konzessionswerber, kurz in jenen hundert Berufen, gegen die sich die Gehässigkeit einer antisemitischen Majorität wenden und in denen das Uebelwollen den wirthschaftlichen Ruin herbeiführen kann?" Daß die Wiener Juden in Zukunft mit der Gemeinde keine Geschäftchen mehr machen können, das ist die wahre Ursache alles Jammerns und Wehklagens!

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 29. Mai.

Berlin. Der Kaiser hat die Einladung der Stadt Breslau zu einem Frühstück bei der Einweihung des Kaiser Wilhelm-Denkmals abgelehnt, jedoch einen Ehrentrunk auf dem Rathhause angenommen. — Auf die Frage, weshalb wir in Deutsch-Südwestafrika keine Eisenbahn bekommen, antwortet die „Nordd. Allg. Ztg.": Die South-Westafrica-Company hat den Bau der Bahn vollständig vorbereitet, die Straßen x. festgestellt, wartet aber mit der Ausführung, weil sie diese nicht ganz aus eigenen Mitteln unternehmen will, sondern die Bewilligung einer Subvention vom Deutschen Reiche beansprucht. — Der Vater des Premierleutnants v. Werder antwortete auf die Angriffe Eugen Wolff's auf seinen Sohn durch eine Erklärung, in welcher es zum Schlusse heißt, daß die Behauptungen des Herrn Wolff bereits vor Jahr und Tag zufolge seiner Denunciation bei dem damaligen Gouverneur v. Scheele einer amtlichen Untersuchung in Berlin unterworfen und als haltlos erkannt wurden. — Bei der Frühjahrsparade der in Potsdam stehenden Truppen am Montag werden die drei ältesten kaiserlichen Prinzen bei der Leibkompagnie des 1. Garde-Regiments zu Fuß als Offiziere eintreten. — 21 Künstler, darunter hervorragende Bildhauer, haben gegen das Komitee der Düsseldorfer Bismarck-Konkurrenz eine gerichtliche Klage eingereicht und mit ihrer Vertretung einen Berliner Anwalt beauftragt. Die Herren sind namentlich mit dem bei der Preisvertheilung gewählten Verfahren nicht einverstanden.

Berlin. Der in Aussicht genommene Wortlaut der Inschrift für das Kaiser Wilhelm-Denkmal ist vom Kaiser nicht gebilligt worden. Der Kaiser hat sich die Bestimmung über einen neuen Text vorbehalten.

Leipzig. Die Concerte zur Feier der 32. Tonkünstler-Versammlung haben mit einer Kammermusik-Aufführung im Gewandhause unter sehr stattlicher Betheiligung begonnen.

Gotha. Der Landtag beschloß mit 8 gegen 7 Stimmen, die Wahl des sozialdemokratischen Abgeordneten Wolff wegen Unrichtigkeiten bei der Aufstellung der Wählerlisten für ungiltig zu erklären.

Hannover. Vor der hiesigen Strafkammer begann heute die Verhandlung gegen den Redakteur Schoeltzer, der angeklagt ist, den Kriegsminister, eine Anzahl Offiziere und den Offiziersstand im Allgemeinen durch Broschüren beleidigt zu haben. Mehrere Offiziere sind als Zeugen vorgeladen. Der Kriegsminister ist vom persönlichen Erscheinen entbunden und vorher kommissarisch vernommen worden. Die Verhandlung wird voraussichtlich zwei Tage beanspruchen.

Königsberg. Professor Schweninger ist bei dem Oberpräsidenten Grafen Wilhelm Bismarck hier eingetroffen, der seit Monaten leidend ist.

Wien. Auf Ersuchen der ungarischen Regierung lud Graf Goluchowski den der Moskauer Krönungsfeier beiwohnenden chinesischen Vicekönig Li-Hung-Tschang zum Besuche der Millenniums-Ausstellung ein. Li-Hung-Tschang hat die Einladung angenommen und wird sich bei dieser Gelegenheit wahrscheinlich dem Kaiser Franz Joseph vorstellen.

Wien. Das Abgeordnetenhaus nahm in dritter Lesung die gesammten Steuerreformgesetze, ebenso in zweiter und dritter Lesung den Gesetzentwurf auf Herabsetzung des Wahlcensus von 5 auf 4 Gulden an und lehnte den Minoritätsantrag auf Herabsetzung des Wahlcensus auf 3 Gulden ab.

Paris. Nachrichten aus Konstantinopel melden, daß das Vorgehen der Mächte auf Kreta im Einvernehmen mit dem Sultan geschehe und die Pforte dabei mitwirke. Diese Thatsache habe die Beruhigung herbeigeführt, welche sich auf Kreta zu zeigen beginne.

Haag. Die Zweite Kammer nahm mit 62 gegen 26 Stimmen Artikel 1 des Wahlrevisionsgesetzes an, welcher die Wahlberechtigung sehr weit ausdehnt.

London. Die „Nineteenth Century" enthält einen Artikel Seymour Forst's, des Vertrauensmannes Cecil Rhodes', wonach der wahre Beweggrund für den Einfall Jameson's der war, daß Rhodes wußte, daß Präsident Krüger in geheimes Einvernehmen mit Deutschland getreten sei, was Rhodes wider Willen veranlaßte, jede weitere versöhnliche Politik gegenüber Transvaal aufzugeben, die Revolution in Johannesburg zu betreiben und Jameson's Plan für das Vorrücken auf Prätoria zu genehmigen. Forst erklärt: Ein Hauptzweck Jameson's war, den dokumentarischen Beweis jener geheimen Allianz zu erlangen, welche, wie zuverlässig verlautete, im Besitze Krüger's war. Es sei nicht beabsichtigt gewesen, die unabhängige holländische Regierung zu stürzen, sondern es habe sich lediglich darum gehandelt, Deutschland an der Erlangung einer vorherrschenden politischen Stellung in Transvaal zu verhindern.

Konstantinopel. 32 Zöglinge der Militärschule wurden verhaftet, wie man vermuthet wegen jungtürkischer Umtriebe.

Athen. Die Entscheidung vor Vamos kann jeden Augenblick fallen, da die belagerte türkische Garnison von Hunger bedroht ist. Auf dringendes Ersuchen Turkhan Pascha's reisten gestern die Konsuln aus Canea nach Vamos, um einen Ausgleich zu vermitteln. Sie versprachen, die Waffen und die Munition von Vamos den Aufständischen auszuliefern und alle Truppen zu entfernen, wenn der Garnison freier Abzug gewährt werde. Die Aufständischen verwarfen dieses Anerbieten und verharrten bei dem Verlangen der feierlichen Wiederherstellung der kretensischen Privilegien.

Die heutige **Berliner Börse** verlief in unsicherer und zumeist matter Haltung. Anfangs vermochten sich wohl die meisten Kurse auf der Höhe des gestrigen Schlusses zu behaupten, da sich einige Kauflust zeigte; auch wurde bemerkt, daß trotz der gestern eingetretenen Deroute am Prager Zuckermarkte von Wien aus feste Tendenzberichte gesandt waren. In Prag soll der Zuckermarkt in völliger Auflösung gewesen sein, Käufer seien überhaupt nicht mehr zu finden gewesen. Im weiteren Verlaufe der hiesigen Börse war die Haltung ausgesprochen matt. Ultimoverbindlichkeiten sind erledigt und das Geschäft war sehr still. Am Kassamarkte war der Verkehr heute ebenfalls etwas ruhiger. Bankaktien waren nur wenig in Verkehr, zeitweilig zeigten Kreditaktien bessere Umsätze, doch waren die Kurse wesentlich niedriger. Heimische Banken leicht abgeschwächt. Am Markte für Eisenbahnaktien waren Marienburger, Lübeck-Büchener, Prince Henri und Canada Pacific angeboten, Lübeck-Büchener später erholt, österreichische und schweizerische Bahnen befestigt. Der Montanaktienmarkt begann für Kohlenwerthe in fester Haltung, die sich jedoch infolge von Abgaben nicht erhalten konnte; Eisenwerthe waren von vornherein schwach. Von sonstigen Industriewerthen waren namentlich Dynamitaktien beachtet. Renten lagen sehr still, Mexikaner nachgebend, Italiener, Russen und Türken behauptet. Heimische Anleihen wenig verändert. Der Schluß der Börse war matt. Privatdiskont 2⅝ Prozent. — Die **Getreidebörse** begann in schwacher Haltung, befestigte sich aber, als etwas Deckungsbegehr und Nachfrage für greifbare Waare hervortrat. Weizen und Roggen nach etwas niedrigem Anfange behauptet, Hafer in Effektivwaare gut begehrt. Spiritus reichlich angeboten. Termine 10 Pfge., Loco ca. 20 Pfge. niedriger. — Wetter: kühl, Nordwestwind.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Credit 292.00. Diskonto 206.50. Dresdner Bank 156.00. Staatsbahn —. Lombarden 60⅛. Ungar. Gold —.—. Portugiesen 27.40. — Schwach.

Paris. (3 Uhr Nachm.) Rente 102.22. Italiener 89.15. Spanier 63⅝. Portugiesen 27.07. Türken 21.40. Tintenlose 114.50. Ottomanbank 676.00. Staatsbahn 761.00. Lombarden —.—. Fest.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Mai 18.90, per September-Dezember 18.40, behauptet. Spiritus per Mai 30.25, per Sept.-Dezbr. 31.25, ruhig. Rüböl per Mai 62.50 per Sept.-Dezbr. 63.00, matt.

Amsterdam. Produkten (Schluß.) Weizen per Mai 147, per September 147. Roggen per Mai —, per Juli 94, per Oktober 96.

London. Produktenbericht. Getreidemarkt schwach. Weizen ¼—½ Sch., amerikanischer La Plata- und schwimmender Donaumais ¼ Sch. niedriger. Wetter: Schön.

Oertliches und Sächsisches.

— Ihre Kaiserl. Königl. Hoheit Erzherzogin **Maria Josepha**, geborene Prinzeß von Sachsen, vollendet morgen ihr 29. Lebensjahr.

— Der Kunst- und Handelsgärtner T. F. Rudolf **Seidel** in Laubegast hat von Sr. Majestät dem deutschen Kaiser und Könige von Preußen den Kronenorden 3. Klasse erhalten.

— Deutsche **Lehrer-Versammlung** in Hamburg. In der dritten und letzten Hauptversammlung beschäftigte sich die Versammlung, wie bereits erwähnt, mit der Schulbibelfrage. Der Referent, Schuldirektor Enders (Sonneberg), hatte folgende Leitsätze aufgestellt: 1. Die Versammlung erklärt sich gegen den Gebrauch der Vollbibel im Religionsunterricht der Volksschule. Sie wird hierdurch lediglich durch pädagogische Gründe bestimmt. 2. Der Schule genügt ein biblisches Lesebuch, das nach pädagogischen Grundsätzen für die Bedürfnisse des Religionsunterrichts bearbeitet und nach Form und Inhalt geeignet ist, die Einführung in die Vollbibel vorzubereiten. 3. Die Vollbibel bleibe dem Konfirmandenunterricht vorbehalten. Der Referent äußerte sich ungefähr folgendermaßen: Die gegenwärtige Frage sei keinerlei dogmatische. Sie habe mit dem Parteistreit zwischen liberal und konservativ, zwischen orthodox und freisinnig absolut nichts zu thun, sondern sei eine rein pädagogische und erziehliche Frage. Die Vollbibel sei grammatikalisch vielfach falsch und sprachlich veraltet. Das alte Testament und auch ein großer Theil des neuen sei kein Schulbuch und nur für den historisch Gebildeten verständlich. Es sei nicht möglich, die Kinder durch die dunklen Pfade des alten

Friedrich & Glöckner. Neu eröffnet Filiale Dresden-N., Bautznerstr. 27b (Ecke Markgrafenstr.)
Lacke, Firnisse, Oel- und Schnellfr.-Farben eigener Fabrik.